

**TAGESPOLITIK · KOMMENTARE · AUSLANDSBERICHTE**

P/XXII/53

Bonn, den 16. März 1967

Wir veröffentlichen in dieser Ausgabe:

<u>Seite</u>		<u>Zeilen</u>
1 - 2	<u>Vielfältig, stark und unabhängig</u>	68

Zur Situation der deutschen Presse

Von Fritz Sänger, MdB

2a	<u>Nichts Neues aus Warschau</u>	43
----	----------------------------------	----

Zum Freundschafts- und Beistandsabkommen  
zwischen Ostberlin und Warschau

3	<u>Kiel und Mainz</u>	48
---	-----------------------	----

Im Schatten bevorstehender Landtagwahlen

4 - 5	<u>Ist Tito wieder ein "diabolischer Revisionist" ?</u>	68
-------	---	----

Von Hans Peter Rullmann, Belgrad

+ + +

Vielfältig, stark und unabhängig

Zur Situation der deutschen Presse

Von Fritz Sänger, MdB

In Deutschland gab es einmal über viertausend selbständige Zeitungen. In der Bundesrepublik Deutschland zählte man noch vor wenigen Jahren fast zweitausend unabhängig geleitete Tageszeitungen. Die Zahlen für die Gegenwart sind nicht genau zu ermitteln, denn sie sinken nahezu in jeder Woche. Wenig mehr als 650 Tageszeitungen gibt es und etwa 1.000 Titel für Zeitungen. Aber sie werden von nur etwa 150 Redaktionen geschrieben. Der Prozeß der Schrumpfung ist ungewöhnlich, und es ist ein geringer Trost, daß es in den umliegenden europäischen Ländern nicht anders aussieht.

Seit Jahren lebt die deutsche Presse, nimmt man alles in allem, in einer Struktur- und Konjunkturkrise. Man darf dieses Wort benutzen, wenn, wie es geschieht, während der Niederschrift dieses Beitrages abermals eine Information eingeht, die von einem neuen Vorgang gleicher Art berichtet. Wo wird das Ende sein und wie werden die Folgen aussehen?

Die Zusammenfassung unrentabel gewordener Verlage zu größeren Einheiten, eine Konzentration der Presse, braucht an sich nicht gefährlich zu sein, obwohl sie von ungleich wichtigerer Bedeutung ist als etwa die Verschmelzung von Gewerbebetrieben anderer Art. Die Herausgabe von Zeitungen ist nicht einfach ein technischer Produktionsbetrieb. Hier wird mehr getan, und von dem Produkt geht eine intensive Wirkung aus, die in die Breite und Tiefe dringt, die das Ganze angeht, das Land, die Nation. Die Konzentration oder Verschmelzung von Zeitungen zu nur wenigen Einheiten führt zur Verminderung der Informationsquellen und der Möglichkeit von Meinungsäußerungen. Die politische und gesellschaftliche, die kulturelle und wirtschaftliche Unterrichtung und Aussprache gerät in die Gefahr, einseitig oder nur wenig differenziert zu werden. Geistige Armut breitet sich aus. Uniformität droht dem Wissen und Denken und dem Urteil. Die Urfunktion der Presse wird abgetötet, nämlich die, die Bürger des Staates zu unterrichten, sie zum eigenen Urteil zu befähigen und ihre Mitwirkung an der Staatsgewalt zu provozieren, die in der demokratischen Ordnung vom Volke ausgehen muß.

Wenn dieser Zustand einzutreten droht, muß gehandelt werden. Es

ist eine staatspolitische Aufgabe, einer freien Presse das Leben und Wirken zu ermöglichen. Ihr Verkümmern bedeutet das Verkümmern der lebendigen Wirklichkeit.

Der Deutsche Bundestag hat wiederholt auf die Entwicklung hingewiesen, die seit Jahren zu erkennen war und die fortschreitet. Im November 1965 bedauerten wir Sozialdemokraten im Parlament, daß der im vierten Bundestag vorgelegte offizielle Bericht über die Konzentration in der deutschen Wirtschaft nicht auch Tatsachen über die Konzentration im Pressewesen mitteilte. Seitdem ist immer wieder gedrängt worden, zuverlässiges Material über Vorgänge der Zusammenfassung, des Verkaufes oder der rechtlich in anderen Formen erfolgenden Einverleibung bisher selbständiger Zeitungsverlage in Großunternehmen oder in materiell starke Verlage zur Verfügung zu stellen. Von der Bundesregierung wurde schließlich im Januar 1967 zugesagt, daß sie einen Bericht für den Bundestag erarbeiten und vorlegen werde. Das dürfte im Herbst dieses Jahres geschehen, und es ist hohe Zeit.

Es gibt eine Reihe von Vorarbeiten: Das Institut für Konzentrationsforschung in Berlin hat bereits eine Arbeit veröffentlicht. Der Deutsche Presserat hat die Untersuchungen in einer Reihe deutscher Länder abgeschlossen und hofft bis Sommerende alle Gebiete erfaßt zu haben. Gewerkschaften und private Gemeinschaften und Personen haben an diesem Thema gearbeitet. Ein Bericht an Regierung und Bundestag muß nur alles Material darbieten und damit Gelegenheit geben, daß die zuständigen Ausschüsse des Bundestages in öffentlichen Anhörungen endgültig feststellen, wo die Hilfe am Wirksamsten einsetzen kann und muß.

Denn Hilfe wird nötig sein. Nur wirtschaftlich gesunde Verlage können ihre Unabhängigkeit wahren. Die große Leistung vieler kleiner Verlagshäuser, die durch Jahrzehnte und Jahrhunderte geboten wurde, hat der deutschen Presse Ansehen und Wert verschafft. Die Demokratie vor allem kann auf diese Leistung nicht verzichten. Rationalisierung ist nötig, aber nur sinnvoll, wenn sie beachtet, daß die individuelle Färbung, die Vielfalt des politischen Gespräches nicht verloren geht. Eine Hilfe für eine freie und unabhängige Presse ist eine Hilfe für die Freiheit und Wirklichkeit der Grundrechte unserer Ordnung, die wir uns geben.

Nichts Neues aus Warschau

Zum Freundschafts- und Beistandsabkommen  
zwischen Ostberlin und Warschau

sp - Die unter der Regierung Kiesinger-Brandt erfolgte Aktivierung der deutschen Ostpolitik ließ Walter Ulbricht nicht unberührt. Er hielt es für angemessen, einen Freundschafts- und Beistandsvertrag mit Warschau abzuschließen, ähnlich dem Pankow-Moskauer Abkommen vom Jahre 1964. Die Staaten des heutigen Warschauer Bündnissystems haben schon vor zwanzig Jahren bilaterale Freundschafts- und Beistandsverträge unterzeichnet. Damals existierte noch nicht das Gebilde, das sich heute als Deutsche Demokratische Republik im anderen Teil Deutschlands bezeichnet. Ulbricht zieht nun nach Prag ist die nächste Station.

In der Sache selbst steckt nicht viel Neues. Daß Polen und die Sowjetunion und wohl auch die Tschechoslowakei Ulbricht militärische Unterstützung geben würden, würde sein Machtbereich angegriffen, ist seit vielen Jahren bekannt. Aber wer denkt schon daran, sich auf ein solches Abenteuer einzulassen? Die Regierung Kiesinger-Brandt hat wiederholt ihre Absicht bekundet, in den Gewaltverzicht auch das kommunistisch beherrschte Mitteldeutschland einzubeziehen.

Den Vertragsabschluß begleitete das übliche Propagandagetöse; beide Partner gehen davon aus, in der Bundesrepublik hätten Revisionisten und Militaristen das Übergewicht, sie würden den Kurs bestimmen. Es wird wohl noch sehr lange dauern, dieses Zerrbild von der Wirklichkeit ersetzen zu lassen. Daß die Normalisierung des Verhältnisses "zweier deutscher Staaten" ein Erfordernis der europäischen Sicherheit ist und dies nun im Vertrag ausdrücklich niedergelegt wird, entspricht alten polnischen Forderungen ebenso wie die Anerkennung der Oder-Neiße als Grenze. Man kann auch hier nichts Neues entdecken.

Genauso wie der Warschauer Pakt enthält das Abkommen zwischen Ostberlin und Warschau eine Laufzeit von zwanzig Jahren, allerdings mit der abschwächenden Einschränkung einer Revision für den Fall, "daß ein einheitlicher, friedliebender und demokratischer deutscher Staat entsteht". Beide Vertragspartner schließen also eine Veränderung der Lage in den nächsten zwanzig Jahren nicht aus. Und dies ist in der Tat eine bemerkenswerte Feststellung.

Die großen Fragen der europäischen Entspannung und Friedenssicherung werden durch dieses Beistands- und Freundschaftsabkommen zwischen Ulbricht und Gomulka nicht berührt. Es besteht auch kein Anlaß, über dieses Abkommen Alarm zu schlagen. Die Tatsache seiner Unterzeichnung zeigt die großen Schwierigkeiten und Hemmnisse auf, die auf dem Wege zu einer europäischen Friedensordnung liegen, in der die staatliche Einheit Deutschlands eingebettet ist. Aber auch diese schmerzliche Erkenntnis kann niemand mehr überraschen.

## Kiel und Mainz

---

### Im Schatten bevorstehender Landtagswahlen

Kl - Der Wahlkampf für die am 23. April in Rheinland-Pfalz und Schleswig-Holstein angesetzten Abstimmungen zum Landesparlament ist angelaufen. In beiden Bundesländern geht es den Sozialdemokraten darum, in den Besitz der Regierungsmitverantwortung, wenn nicht sogar der Mehrheit in den Landtagen von Mainz und Kiel zu kommen. In Bonn hat die SPD nach gut hundert Tagen Regierungsmitverantwortung gezeigt, daß sie regieren kann und minstrable Persönlichkeiten in ihren Reihen hat. Die Ostpolitik kam in Fluß, die Arbeitslosigkeit wurde gebremst, Sozialdemokraten sorgten mit dafür, daß der Krupp-Konzern nicht zusammenbrach.

Jetzt muß die Bevölkerung von Schleswig-Holstein und Rheinland-Pfalz darüber entscheiden, ob sie die Sozialdemokraten als verantwortliche Regierungspartei zu sehen wünscht. Die SPD hat sich in beiden Ländern ständig nach vorne geschoben. In Rheinland-Pfalz schmolz die absolute CDU-Mehrheit vor vier Jahren dahin. Von den hundert Sitzen hatte sie bis dahin 52, aber jetzt nur noch 46. Demgegenüber zog die SPD von 37 auf 43 weiter nach vorn. Die beiden Rivalen werden nur noch durch sechs Sitze getrennt.

Ähnlich ist die Entwicklung in Schleswig-Holstein; vielleicht nur mit der Einschränkung, daß die CDU es bei Landtagswahlen hier niemals auf die absolute Mehrheit gebracht hat und immer auf wechselnde kleine bürgerliche Parteien als Koalitionspartner angewiesen war. 1958 bei der letzten Landtagswahl im Norden konnte sich die CDU von den 69 Gesamtsitzen nur noch einen holen, indem sie von 35 auf 34 anzog. Die Sozialdemokraten erlebten demgegenüber einen Anstieg von drei Sitzen auf 29. Auch hier werden die beiden großen Parteien jetzt nur noch durch fünf Sitze voneinander getrennt.

Wenn das Pendel in Kiel und Mainz nur um einige Prozent zugunsten der SPD und zu Ungunsten der CDU ausschlägt, werden die Sozialdemokraten in diesen beiden Bundesländern nunmehr auch die Regierungsverantwortung übernehmen. Ein SPD-Sieg in beiden Bundesländern würde bedeuten, daß die Argumente der Sozialdemokraten im Bonner Kabinett Kiesinger noch größeres Gewicht und noch größere Durchschlagskraft erhalten. Im Bundesrat würde sich die Waage endgültig zur SPD neigen und in der Bundesversammlung für die Wahl des neuen Bundespräsidenten gleichfalls.

Vor allem aber kommt es für die Schleswig-Holsteiner und Rheinland-Pfälzer darauf an, daß auch in diesen Bundesländern endlich wieder regiert wird. Es steht in keiner Verfassung, daß die beiden Länder sozusagen die Fußkranken der bald wieder einsetzenden Prosperität bleiben müssen. Das Gießkannenprinzip der Ministerpräsidenten Altmeier und Lemke, jedem etwas an Subventionen und niemandem genug zu geben, muß überwunden werden. Nur mit klaren Prioritäten und einleuchtenden Entwicklungsplänen mit dem Blick auf zukunftssträchtige Industrien können Rheinland-Pfalz und Schleswig-Holstein wieder flott gemacht werden. Aber nur die Sozialdemokraten in den Regierungen zu Kiel und Mainz werden in der Lage sein, derartige Zukunftsperspektiven zu erarbeiten.

Ist Tito wieder ein "diabolischer Revisionist" ?

Von Hans Peter Rullmann, Belgrad

Vor sieben Jahren galt Marschall Tito in den Augen Moskaus noch oder besser schon wieder als "diabolischer Revisionist", und Chinas Partei noch als "ruhmreich und korrekt". Über die Gründe der damaligen Wiederabkühlung des jugoslawisch-sowjetischen Verhältnisses soll heute nur noch soviel gesagt werden, daß Tito mit Chruschtschows Verhalten in Paris durchaus nicht einverstanden war und ihm deshalb eine Rüge erteilt hatte: Der U-2-Zwischenfall, so meinte Tito damals im Gegensatz zum sowjetischen Parteiführer, "sollte und müßte" kein Grund sein, die sowjetisch-amerikanischen Beziehungen so zu verschlechtern, daß eine Wiederkehr des Kalten Krieges drohe. Chruschtschow vergalt diese Rüge aus Belgrad damals mit einer großen kommunistischen Weltkonferenz, auf der 81 Parteien den "Revisionismus" als "Hauptgefahr" in der kommunistischen Weltbewegung bezeichneten.

Aber schon im Dezember 1962 hatte Tito die einmalige Ehre, vor dem Obersten Sowjet sprechen zu dürfen, denn inzwischen war der sowjetisch-chinesische Konflikt zum wichtigsten Problem der kommunistischen Welt geworden. Seither wurde natürlich die sogenannte Deklaration der 82 Parteien totgeschwiegen - genau bis zum 7. Dezember des vergangenen Jahres, als die PRAWDA mit einigen Tagen Verspätung und in einem großen Artikel ohne Unterschrift das sechsjährige Jubiläum der erwähnten antijugoslawischen Deklaration feierte. Die jugoslawische Presse reagierte natürlich sehr empfindlich: "Eine überraschende Lektion!" Und: "Man tut so, als habe sich in den vergangenen sechs Jahren überhaupt nichts verändert und als sei die internationale Arbeiterbewegung noch immer da, wo sie im Jahre 1960 war!"

Es war vielleicht kein Zufall, daß dieser neue sowjetische Angriff gegen die Jugoslawen unmittelbar dem Parteitag der Ungarn folgte, auf dem sich die Mehrzahl der Delegierten mehr oder minder dem Belgrader Standpunkt angeschlossen hatten, der chinesisch-sowjetische Konflikt dürfe kein Vorwand sein, den Sowjets abermals eine Führungsrolle in der kommunistischen Bewegung einzuräumen.

Seitdem findet, nur mühselig durch eine überraschende Tito-Reise

nach Moskau verdeckt, in der jugoslawischen und sowjetischen Presse eine Polemik statt, die zwar noch immer manierlich, aber deshalb nicht undeutlich ist. So verwunderte sich zum Beispiel die jugoslawische Presse in einem Artikel unter dem Titel "Alte und neue Tabus" über das Verbot einer Nummer der sowjetischen Zeitschrift NOVI MIR, in der der sowjetische Schriftsteller Konstantin Simonov eine scharfe Kritik Stalins veröffentlichen wollte. Besser gesagt: Man verwunderte sich nicht, denn der jugoslawische Kommentar hieß ganz einfach: "Das ist keine Überraschung!" - Wenig später befaßten sich die beiden zentralen jugoslawischen Blätter, POLITIKA und BORBA, abermals mit dem Sowjetplan, eine internationale kommunistische Weltkonferenz einzuberufen. Während die POLITIKA nur feststellte, eine solche Konferenz gehöre nicht mehr in die heutige Zeit, machte sich die BORBA über die sowjetischen Ansichten ganz offen lustig. Und Anlässlich der Vorbereitungen zum 50. Jubiläum der sowjetischen Oktoberrevolution bemerkte die Jugo-Presse ganz offen: "Über die Vergangenheit spricht man wenig!"

Die sowjetische Presse ging erst im Februar zum polemischen Gegenangriff über. In zwei Artikeln kritisierte die PRAWDA erstens jeden Versuch, die Rolle der Partei in einer sozialistischen Gesellschaft zu schwächen, und am 27. Februar wurde der "Revisionismus" endlich auch wieder beim Namen genannt. Daraufhin reagierte die BORBA mit der Bemerkung, man solle doch hätte auch die "Revisionisten" beim Namen nennen, wenn man es bei den "opportunistischen Sektierern", also den Chinesen, schon täte. Und außerdem, so mäkelte das jugoslawische Parteiorgan, täte die PRAWDA gut daran, auch den wirklichen Standpunkt der sogenannten Revisionisten darzustellen.

Daß es sich bei dieser Polemik nicht nur um eine Auseinandersetzung zwischen jugoslawischen und sowjetischen Journalisten handelt, konnten wir fast gleichzeitig einer italienischen Quelle entnehmen. Ihr zufolge, und sie ist vertrauenswürdig, denn es handelt sich um Hugo Pecchiolli, der Mitglied des Direktoriums der KP Italiens ist, haben die Sowjets nicht davor zurückgeschreckt, der Reaktionskommission der Europäischen kommunistischen Parteien in Warschau genau jenes Dokument wieder vorzulegen, das wir eingangs erwähnten: die Deklaration der 81 kommunistischen Parteien, in der der jugoslawische "Revisionismus" als "Hauptgefahr" für die kommunistische Weltbewegung bezeichnet wurde.